



## Regierungsratsbeschluss vom 03. Februar 2026

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD, Genehmigung und Umsetzung des Haager Unterhaltsübereinkommens und -protokolls von 2007 und Bundesgesetz zur Verbesserung der nationalen Inkassohilfe bei familienrechtlichen Unterhaltsansprüchen; Vernehmlassung

P251714

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement.

### Begründung

Der Bundesrat führt eine Vernehmlassung zur Genehmigung und Umsetzung des Haager Unterhaltsübereinkommens und -protokolls von 2007 und zum neuen Bundesgesetz zur Verbesserung der nationalen Inkassohilfe bei familienrechtlichen Unterhaltsansprüchen durch. Der Regierungsrat stimmt bei den Vorlagen zu. In Bezug auf die neue Pflicht der Zentralen Behörde des Bundes für die grenzüberschreitende Inkassohilfe, die kantonalen Fachstellen in Fragen der internationalen Inkassohilfe juristisch zu beraten, weist der Regierungsrat darauf hin, dass die Bereitstellung genügender personeller Ressourcen für eine zeitnahe Beratung in den immer komplexer werdenden Dossiers mitentscheidend für den Erfolg des internationalen Unterhaltsinkassos ist.

